

| | | | |
|---|-------------------------------------|--------------|------------|
| Dringlicher Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen/ SPD | Vorlagen - Nr.: | VO/1156/2010 | TOP |
| | Status: | öffentlich | |
| | Datum: | 22.04.2010 | |
| | Eingang: | 22.04.2010 | |
| Stadtverordnetenversammlung Marburg | | | |
| <u>Beratende Gremien:</u> | Stadtverordnetenversammlung Marburg | | |

Dringlicher Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Unverantwortliche Einsparungen der Landesregierung beim Hochschulpakt 2011-2015 und Unterstützung der Universität bei den geplanten Protesten in Wiesbaden

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadt Marburg unterstützt die Kritik des Senats an den Absichten der Landesregierung, im Rahmen des Hochschulpakts 2011-2015 die Hochschulbudgets in den Jahren 2011 und 2012 um zweimal 34 Millionen Euro abzusenken.
- Die Stadt Marburg teilt die Kritik und Befürchtungen der Philipps Universität bezüglich der negativen Auswirkung auf deren zukünftige Entwicklung.
- Die Stadt Marburg unterstützt den Beschluss des Uni-Senats zu einer Demonstration am 11. Mai in der Landeshauptstadt aufzurufen und schließt sich dem Protestbrief der Dekane gegen die Sparvorhaben an und ruft zur Teilnahme an der Demonstration auf.
- Die Stadt Marburg teilt die Befürchtungen, dass die Universität mit der steigenden Zahl der Studierenden in den kommenden Jahren, mit mehr Betreuungsaufwand durch die Bolognaform und mit der seit Jahren zu niedrigen Grundfinanzierung große Probleme bekommen wird, die Qualität des Studiums und der wissenschaftlichen Arbeit aufrecht zu erhalten.
- Die Stadt Marburg kritisiert die finanzpolitische Prioritätensetzung der Landesregierung. Sie sieht es als falschen Weg, mit dem Sparen bei Schulen und Hochschulen zu beginnen.

- **Die Stadt Marburg fordert die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass die Mittel zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre (QSL-Mittel) nicht zur Kompensation der Kürzungen durch die Landesregierung verwendet werden.**
- **Die Stadt Marburg fordert die Landesregierung auf, ein umfassendes Konzept für die Hochschulfinanzierung zu erarbeiten, das insbesondere eine gerechte Mittelverteilung zwischen den Hochschulen berücksichtigt, damit die Marburger Universität nicht weiter benachteiligt finanziert wird.**

Begründung:

Durch die Kürzungen wird das Ziel der langfristigen Planungssicherheit für die Hochschulen konterkariert. Die sogenannten doppelten Jahrgänge werden in den kommenden Jahren von den Universitäten große Kraftanstrengungen verlangen und diese Situation wird durch die angekündigten Kürzungen noch weiter verschärft.

Bildung ist eine wesentliche gesellschaftliche Aufgabe und wichtige Ressource für unsere Zukunft. Die Finanzierung von Bildung sollte daher absolute Priorität genießen. Kürzungen in diesem Bereich sind absolut kontraproduktiv.

Die Philipps Universität Marburg ist zudem durch die schlechte energetische Grundsubstanz ihrer Gebäude und dadurch mit hohen Energiekosten, sowie den mangelnden verfügbaren Rücklagen besonders benachteiligt.

**Angela Dorn
Dietmar Göttling**

**Kirsten Dinnebier
Matthias Acker**